

# MAY-DAY

## May zieht Artikel 50 EU

Von Daniel Schütz

Geht es derzeit um Wahlen, ob in den USA, Europa oder Deutschland taucht immer wieder ein Wort auf. Populismus. Der Begriff, eher abwertend benutzt, bezeichnet hierbei eine Politik, deren Lösung vermeintlich einfach ist. Oft mit klaren und einfachen Worten formuliert, um das Volk – auf den die Namensherkunft zurück geht (populus = lat. das Volk) – zu erreichen. Mit solchen Worten auf den Punkt gebracht, war die Wahl am 23. Juni 2016 für das britische Volk einfach. Wer für den Brexit war, stimmte für die Rückerlangung der uneingeschränkten nationalen Souveränität Großbritanniens. Wer dagegen war, sprach sich für eine weitere Verwässerung der nationalen Interessen aus Brüssel aus. 52 zu

dass dies nur eine Phase sei, dass die Europaskeptiker verschwinden würden, sobald eine starke Führung in Großbritannien die Richtung zeigen würde, oder, dass die Europaskepsis lediglich durch Ignoranten oder die Medien vorangetrieben würde. Das dem nicht so ist und die Skepsis durchaus real ist, zeigte das Wahlergebnis.

Matts Persson vom Londoner Think-Tank "Open Europe" hat es einmal provokant ausgedrückt: der einzige Weg, um die Briten zu Europa-Befürwortern zu machen, wäre es, die Zeit auf 1939 zurückzudrehen und Großbritannien den Krieg verlieren zu lassen. Etwas bissig, aber es drückt doch aus, wie tief das Misstrauen in dem "Single Market" ist.



Großbritannien ist dem Wirtschaftsraum beigetreten, als dessen Idee schon weit fortgeschritten war. Zu diesem Zeitpunkt ging es der britischen Wirtschaft nicht gerade rosig. Dies war ein Unterschied zu den meisten anderen Beitrittsländern der ersten Stunde. Diese traten überwiegend zu einem Zeitpunkt bei, als in deren Wirtschaft positive Impulse erkennbar waren, wenn nicht gar ein Aufschwung.

48 Prozent entschlossen sich dafür, den Brexit zu wählen.

Ganz grün waren sich die EU und Großbritannien noch nie. Schon seit dem (späten) Beitritt Großbritanniens 1973 zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, herrschte auf der Insel Europaskepsis. Man konnte merken, dass die Briten nie so richtig mit dem europäischen Gedanken verwurzelt waren, wie beispielsweise Deutschland und Frankreich. Dabei war immer wieder zu hören,

Des Weiteren fruchtete der Gedanke nicht, dass sich die Bevölkerung für ein Europa ausspricht, nur weil sich die politische Klasse für ein Europa aussprechen würde. Denn die Politik kann die vorherrschende Europa-Skepsis in der Bevölkerung, welche tief verankert ist, nicht einfach wegwischen.

Die oft vorgetragene These, dass der Nährboden für die Europa-Skepsis durch Ignoranz vorangetrieben würde, kann allein so nicht stehen bleiben. Es stimmt nicht, dass die

britische Bevölkerung größtenteils im Unklaren über den Kurs in der EU sei. Unbestritten gibt es, wie in jedem europäischen Land, Wissenslücken innerhalb der Bevölkerung, die hätten geschlossen werden sollen. Aber selbst dann, wenn einhundert Prozent der Menschen in Großbritannien über die Projekte innerhalb der EU Bescheid wüssten, egal ob es um das legislative Prozedere oder um den europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus geht, könnte es sein, dass dieses Wissen die Europa-Skepsis nicht gesenkt, sondern noch weiter verstärkt hätte.

Denn die Probleme Europas waren in den letzten Jahren und in allen Medien omnipräsent. Nun ist bekannt, dass ein Großteil der britischen Presse nicht gerade eine Lanze für Brüssel bricht, was für die Europa-Befürworter nicht gerade einfach ist. Aber es waren nicht die Schlagzeilen im Telegraph, The Sun oder Daily Mail, die das Bild Europas beim Wähler in das falsche Licht rückten. Es war die Krise Europas selbst. Die Allgegenwärtigkeit, was in Europa gerade nicht funktioniert, wurde dem britischen Volk jeden Morgen in den Nachrichten geliefert. Nicht in der Yellow Press, sondern auch die BBC berichtete darüber. Fast täglich über die letzten Jahre. Griechenland, die Loslösung des Franken vom Euro, welches die Märkte zum Wanken bringt, spanische und italienische Banken, die sich als Wackelkandidaten zeigen. Wen wundert es dann, dass das europäische Bild eingetrübt ist und die ersten Assoziationen Europa betreffend nicht sonderlich positiv ausfallen.

Die Berichterstattung über das, was in Europa passiert, bedeutet aber nicht, dass dies die schlechte Stimmung über die EU hervorgerufen hat. Es ist Aufgabe der Presse über das zu berichten, was passiert. Doch nicht der Verteiler ist Schuld daran, dass die Meldungen nicht positiv waren, sondern der Sender. Europa steckt in einer Krise und die Verantwortlichen haben es lange Jahre versäumt die positiven Aspekte, die der gemeinsame Wirtschaftsraum und die Freizügigkeit in demselben mit sich bringen, hervorzuheben und für das, was nicht so gut läuft, eine Lösung zu finden und diese so zu

kommunizieren, dass sie vom Bürger auch verstanden wird. Das ist der EU bisher jedoch nicht gelungen.

Das Misstrauen der Briten zum Thema Europa wäre nicht einfach so verschwunden. Es hätte eine wirkliche Konfrontation mit dem Thema stattfinden müssen. Das Misstrauen hätte gemanaged werden müssen. Zu versuchen es einfach so wegzuwischen, war der falsche Weg.

Das war der Hintergrund, von dem aus Cameron kam, als er 2012 eine



Volksabstimmung über das künftige Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Union in Aussicht gestellt hat. Wohl auch mit dem Kalkül, die Position Großbritanniens innerhalb der EU zu verbessern. In einem Gastbeitrag für den Sunday Telegraph schrieb er damals, dass er für eine "andere, flexiblere und weniger beschwerliche" Position Großbritanniens innerhalb der EU sei.

Die Zeit von 2012 bis schließlich zum Referendum 2016 reichte offensichtlich nicht aus, um das Misstrauen in entsprechender Weise zu managen. Mehr als die Hälfte der Briten entschied sich dafür die EU zu verlassen. Seit Juni 2016 beginnen nun die Spekulationen, was passieren wird. Cameron ist zurückgetreten und May an die Spitze der

britischen Regierung nachgerückt. Mit klaren und kämpferischen Worten versucht sie nun Großbritannien für die Verhandlung mit der EU zu positionieren. Es wird von einem harten und einem weichen Brexit gesprochen. Fest steht, die Verhandlungen selbst werden hart und sind komplex.

Schon auf dem Weg zum Antrag, um den Austritt aus der EU einzuleiten, standen für May juristische Hürden an. Der britische Supreme Court entschied, dass das Urteil des High Court in London gegen die konservative

Regierung von Premierministerin Theresa May aufrechterhalten wird. Eine Bewegung, die die Fondsmanagerin Gina Miller hatte erstritten, dass Austritt aus der EU nicht



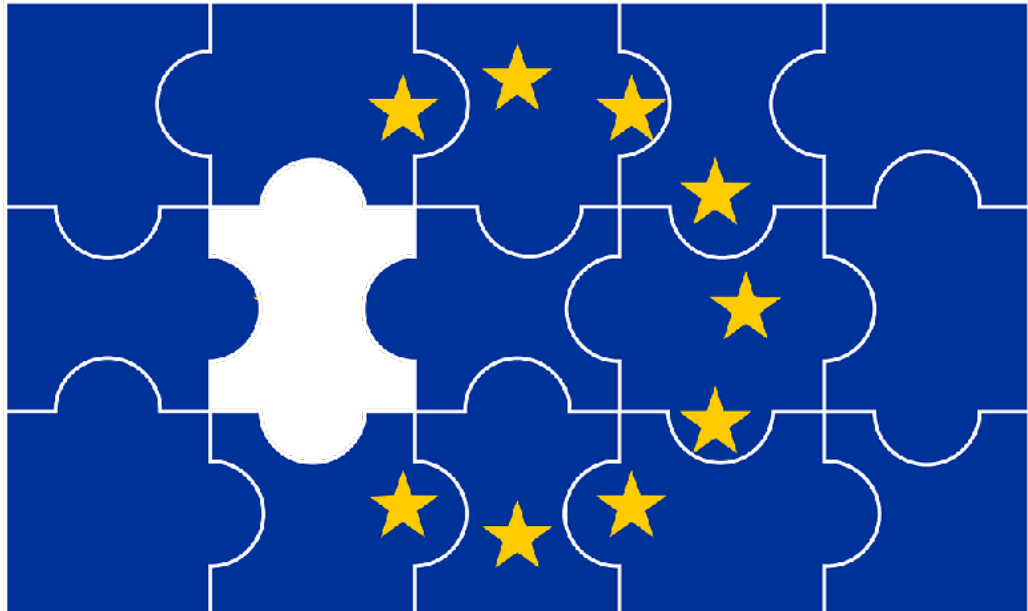
ohne ein Votum aus dem britischen Parlament erfolgen dürfe.

Hierin liegt jetzt die letzte Hoffnung der Brexit-Gegner. Der frühere Premier Tony Blair rief nach einem Beitrag der FAZ dazu auf, für das

aufzustehen, woran wir glauben. Viele Briten hätten ohne Kenntnis der wahren Umstände des Brexits abgestimmt. Allzu gut stehen die Chancen jedoch trotzdem nicht. Das Unterhaus hatte sich Anfang des Monats in einer Abstimmung für einen Austritt ausgesprochen und folgte damit dem Gesetzesentwurf von May ohne Änderungen. Das Oberhaus beginnt diese Woche seine Beratungen über das Brexit-Gesetz. Dort besitzt die konservative Regierung von May keine Mehrheit. Dass dadurch der Brexit verhindert werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Dennoch stehen die Chancen gut, dass Änderungsanträge, die im Unterhaus keine Chance hatten, dort Gehör finden. Sollte

das Oberhaus den Antrag jedoch überraschend komplett ablehnen, wird sich zeigen, ob der Antrag gemäß Artikel 50 EU-Vertrag dann ohne jegliche Regelung erfolgen und sich das Prozedere nach internationalen Standards, wie zum Beispiel denen der Welthandelsorganisation, vollziehen wird oder ob gar der Austrittsprozess gestoppt wird.

Wie so oft in solchen Prozessen könnte es ein Hin und Her zwischen Unterhaus und Oberhaus geben. Ob der Zeitplan von May dann eingehalten werden kann, ist fraglich. David Davis, der Brexit-Minister, sieht der ganzen Sache optimistisch entgegen und geht weiterhin davon aus, dass der Antrag wie beabsichtigt bis Ende März von May eingereicht werden kann.



Sollte der Brexit-Antrag eingereicht werden, ist auch dann ungewiss, wohin das Ganze führen wird. Wahrscheinlich ist, dass ein "frei"-Handelsabkommen oder zumindest ein freies Handelsabkommen für verschiedene Sektoren zwischen der EU und Großbritannien verhandelt und durchgesetzt werden wird.

Hierzu werden weitere Abkommen hinzutreten, wie zum Beispiel bei auswärtigen Angelegenheiten oder der Verteidigung. Es wird eine weitere Reihe von Abkommen zwischen Großbritannien und der EU geben.

Es sieht eher danach aus, dass es nicht zu schnellen Veränderungen kommt, sondern dass der Regierung um May daran gelegen ist, die Dinge sanft überzuführen.

